

## **Regierungsratsbeschluss**

vom 1. April 2003

Nr. 2003/616

### **Schaffung zusätzlicher Lehrstellen mit Lehrbeginn Sommer 2003**

---

#### **1. Ausgangslage**

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation und die demografische Entwicklung machen es vielen Jugendlichen schwer, eine Lehrstelle zu finden. Gesamtschweizerisch ist im Moment die Lehrstellensituation sehr angespannt. Im Kanton Solothurn sind gegenüber dem letzten Jahr in diesem Sommer 250 Schulabgängerinnen und Schulabgänger mehr zu erwarten. Noch immer suchen viele Jugendliche dringend eine Lehrstelle. Die kantonale Verwaltung und andere staatliche Organisationseinheiten bieten zwar bereits heute sehr viele Lehrstellen an. Trotzdem sind auf Grund der derzeitigen Lage zusätzliche Massnahmen zur Schaffung weiterer Lehrstellen innerhalb der staatlichen Dienste notwendig.

#### **2. Erwägungen**

Ein guter Start ins Berufsleben ist eine wesentliche Grundlage für die persönliche Entwicklung jedes Menschen aber auch für die Gesellschaft als Ganzes. Diese wichtige Ausbildungsaufgabe muss von allen Betrieben – den privaten und den staatlichen – gemeinsam getragen und gefördert werden. Eine optimale Ausbildung ist zudem eine wirkungsvolle Prävention gegenüber sozialen Problemen. Die Wirtschaft, der Staat und die gesamte Gesellschaft profitieren gemeinsam von gut ausgebildeten Berufsleuten.

Um möglichst vielen Jugendlichen eine Chance für den Berufseinstieg zu bieten, werden dringend weitere Lehrstellen benötigt. Der Kanton als Arbeitgeber hat hier eine Vorbildfunktion zu übernehmen und sein Lehrstellenangebot nochmals zu erhöhen. Dies soll in verschiedenen Berufsfeldern möglich sein. Einerseits sind im kaufmännischen Bereich weitere Lehrstellen gefragt. Jedoch auch für Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit anderen Fähigkeiten und Interessen sind Ausbildungsplätze in verschiedenen staatlichen Bereichen denkbar, so z.B. die zweijährigen Anlehren Kommunalgehilfe, –gehilfin, Fahrzeugwart/in, Hauswart/in, Strassenwart/in, usw. Ein neues dreijähriges Ausbildungsangebot ist in der Form des Betriebspraktikers, der Betriebspraktikerin geschaffen worden und sollte vor allem von Grossbetrieben wie z.B. den Spitälern genutzt und angeboten werden.

Da der Staat in der angespannten Lehrstellensituation eine Vorbildrolle übernehmen muss, haben die staatlichen Organisationseinheiten alles daran zu setzen, neue Lehrstellen zu schaffen, dies obwohl zur Zeit bereits 265 Lernende in staatlichen Organisationseinheiten ausgebildet werden.

Der Regierungsrat legt grossen Wert darauf, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um das Lehrstellenangebot zu vergrössern und fordert alle staatlichen Organisationseinheiten auf, wenn immer möglich zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Dies nach dem Motto: Kein Amt ohne Lehrstelle!

### 3. **Beschluss**

- 3.1 Alle staatlichen Organisationseinheiten werden aufgefordert, die Schaffung zusätzlicher Lehrstellen zu prüfen und möglichst viele Lehrstellen anzubieten.
- 3.2 Das Personalamt wird beauftragt, bei den Ämtern eine Umfrage bezüglich zusätzlicher Lehrstellen durchzuführen und gestützt darauf eine weitere Ausschreibung von Lehrstellen für den Lehrbeginn im Sommer 2003 vorzunehmen.
- 3.3 Ämter, welche keine Lehrstellen anbieten, haben dies dem Personalamt mit Begründung zu Händen des Regierungsrates bis 31.05.03 zu melden. Das Personalamt erstattet anschliessend dem Regierungsrat Bericht.
- 3.4 Der Regierungsrat dankt allen Unternehmen für ihr Engagement in der Lehrlingsausbildung. Er empfiehlt allen privatwirtschaftlichen Betrieben sowie den Gemeinden – auf Grund der heutigen schwierigen Situation – wenn immer möglich, ebenfalls zusätzlich Lehrstellen zu schaffen, um den jungen Menschen gute Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten.



Dr. Konrad Schwaller

Staatsschreiber

#### **Verteiler**

Regierungsrat

Departemente

Personalamt (10, H:\Ait\FPAMTLEI\WINWORD\LEHRLING\RRBs\RRB Schaffung von Lehrstellen.doc)

Ämter und gleichgestellte Organisationseinheiten (104)

Gemeindeverwaltungen (126)

Lehrlingskommission, (13, Versand durch Personalamt)

Personalkommission, (10, Versand durch Personalamt)

Personalverbände, (3, Versand durch Personalamt)